Sonntag, 15. April 2012 / Nr. 16 Zentralschweiz am Sonntag

Digitale Welt
39

# Günstigere Software aus offenen Quellen

OPEN SOURCE Windows oder Linux? Die Frage, ob man auf teurere proprietäre Systeme oder günstigere «offene» Programme setzt, stellen sich auch die Verwaltungen der Zentralschweizer Kantone.

ANDREAS LORENZ-MEYER wirtschaft@luzernerzeitung.ch

In der Informationstechnik nutzen Schweizer Organisationen und Private meistens noch proprietäre Systeme, also Software ohne offenen Quellcode wie Microsoft Office oder das Bildbearbeitungsprogramm Photoshop. Eigentlich stehen mit Open-Source-Anwendungen vielfach Alternativen mit offenem Quellcode bereit. Bekannt ist bei Privatanwendern Openoffice.org – eine Alternative zu Microsoft Office. Auch Firefox ist ein Projekt aus offener Quelle.

Open-Source-Programme werden anstatt von einer zentralen Firma wie Microsoft meist von Softwareentwicklern auf der ganzen Welt weiterentwickelt, die an den verschiedenen Projekten mitarbeiten. Es sind sowohl Unternehmen als auch Non-Profit-Organisationen und Einzelpersonen beteiligt, die dies als Hobby betreiben. Aber der Wechsel fällt gerade grösseren Organisationen oft schwer, obwohl sich damit viel Geld sparen lässt. Die französische Gendarmerie zum Beispiel ist dabei, von Windows auf das Linux-Betriebssystem Ubuntu umzustellen. Die Behörde beziffert die Einsparungen auf mehrere Millionen Euro pro Jahr.

### **Pragmatischer Ansatz in Zug**

In der Zentralschweiz ist das Linux-Zeitalter noch nicht angebrochen. Im Kanton Zug wird beim Betriebssystem, aber auch bei der Textverarbeitung oder der Tabellenkalkulation Microsoft vertraut. «Wir sehen das undogmatisch», sagt René Loepfe vom Amt für Organisation und Informatik. Wo die Open-Source-Alternative wirtschaftlicher erscheine, da werde sie auch genutzt.

Von den über 500 Anwendungen in der Kantonsverwaltung sind gut 10 Pro-

zent quelloffene Programme, zum Beispiel Projektplanungen, Bildbearbeitung oder Berechnungen. «Sie sind den proprietären Konkurrenten – auch denjenigen von Microsoft – ebenbürtig und dabei um mehr als die Hälfte billiger», erklärt Loepfe. Auch im komplexen Rechenzentrums- und Netzwerkbetrieb des Kantons werde Open Source eingesetzt und sei dort auch schon etabliert.

### Freier Online-Schalter

Seit Juni 2009 nutzt der Kanton auch das freie Content-Management-System Plone als E-Government-Plattform, um die Kommunikation zwischen kantonalen Institutionen und Bürgern herzustellen. Über einen «Online-Schalter» sind elektronische Formulare abrufbar. Dort lassen sich zum Beispiel Parkkarten bestellen und bezahlen. Warum nicht weiter umgerüstet wird? In vielen Verwaltungsbereichen, zum Beispiel bei den Steuern, der Polizei, den Finanzen, fehlten einfach entsprechende Anwendungen, sagt Loepfe. Da würden hoch spezialisierte und sichere Programme gebraucht.

# Luzern: «Umstellung zu teuer»

Auch der Kanton Luzern verfolgt keine spezielle Open-Source-Strategie. In einzelnen Bereichen werden zwar offene Anwendungen eingesetzt, etwa bei den Internet- oder Intranetauftritten im Umfeld der Schulen. Aber die meisten Fachanwendungen sind stark mit der Microsoft-Palette verknüpft. Vor zwei Jahren kam ein Bericht zu dem Schluss. dass der Wechsel nur bei Serversystemen möglich sei, welche wenige Schnittstellen zu anderen aufweisen. Eine komplette Umstellung müsste hingegen teuer erkauft werden. Zum Beispiel wäre ein hybrider Betrieb notwendig, also zum Beispiel Windows und Linux im Parallellauf. Und das bedeute höhere Risiken und höhere Kosten.

Die Wahl der Software sei ein strategisches Thema, bei dem es um viel Geld
gehe, sagt Matthias Stürmer vom Verein
Swiss Open Systems User Group. Zwar
entstehen einer Organisation durch den
Systemwechsel und Umschulungen
kurzfristig mehr Kosten. Aber auf lange
Sicht könnten zwischen 10 und 30 Prozent der IT-Kosten eingespart werden,
wenn Open Source gezielt am richtigen
Ort eingesetzt wird.

### «Langjährige Verträge binden»

Warum die Schweiz dennoch im Rückstand ist? Meistens bestünden grosse Abhängigkeiten zu proprietärer Software, erklärt Stürmer. Da würden langjährige Wartungsverträge unterschrieben und Millionen von Schweizer Franken investiert, was den Wechsel zu alternativen Plattformen erschwere. «Es muss eben auch der richtige Moment gewählt werden. Der ist beispielsweise gekommen, wenn sowieso ein Upgrade ansteht.»

Stürmer ist für die EVP im Berner Stadtparlament und Koordinator der parlamentarischen Gruppe Digitale Nachhaltigkeit. Diese hat ein Ziel: Heutige Entscheidungen im Bereich der digitalen Güter sollen die Handlungsfreiheit zukünftiger Generationen nicht einschränken. Eine Idee, welche sich an den Gedanken der forstwirtschaftlichen Nachhaltigkeit anlehnt. Nur dass in diesem Fall keine Bäume im Mittelpunkt stehen, sondern Software und Daten. Stürmer: «Es geht unter anderem darum, dass Organisationen die strategische Kontrolle über ihre Informatik gewinnen. Mit Open-Source-Software können sie zum Beispiel selbst bestimmen, wann Anwendungen aktualisiert werden.»

# Wertschöpfung vor Ort

Beim Einsatz von Open Source sind Verwaltungen, Unternehmen oder Schulen weiterhin auf externe Dienstleister angewiesen. Denn nur diese beherrschen die Millionen Zeilen Quellcode, welche grössere Open-Source-Lösungen umfassen. Bei Open Source können aber Aufträge an kleine Schweizer Firmen gehen. Stürmer: «In diesem Fall bleibt auch die Wertschöpfung in Bern, Zürich oder Luzern.»

Manchmal starten Unternehmen und öffentliche Institutionen auch eigene Projekte. Etwa wenn keine passende Anwendung auf dem Markt erhältlich ist. Das Bundesgericht entwickelte aus diesem Grund «OpenJustitia», eine Fachanwendung zur Verwaltung von Gerichtsentscheiden. Seit September 2011 steht das Programm als Open Source auch anderen frei: den 26 Kantonsgerichten, regionalen Gerichten und wer sonst daran Interesse hat.

Heute gibt es mehr als eine halbe Million Open-Source-Pakete. Viele davon sind kleine, aber sehr stabile Pro-



gramme, die in Hunderten von Endanwendungen eingesetzt werden. Stürmer: «Open Source lässt sich somit als modulares Ökosystem bezeichnen, in dem Bausteine ausgetauscht und neu eingesetzt werden.»

Darüber hinaus könne in den Code hineingeschaut werden, was die Fehlersuche erleichtere. Proprietäre Systeme folgen hingegen dem Prinzip der «Black Box». Es sei unbekannt, was darin passiert. Das Potenzial der Open-Source-Programme gesteht auch Microsoft ein. Am letzten Freitag gründete das US-Unternehmen eine Tochtergesellschaft namens Open Technologies zur Entwicklung von Open-Source-Programmen.